

Ein sinkendes Kontingenzbewusstsein in massenmedialen Diskursen ist in diesem Öffentlichkeitsmodell folglich als Merkmal von Entpolitisierungs- bzw. Postdemokratisierungsprozessen zu deuten, während eine Betonung der Vielfalt legitimer Positionen und der letztendlichen Unentscheidbarkeit ihres Wahrheitsanspruchs zum normativen Ideal dieses Öffentlichkeitsmodells zählt.

Zusammenfassung Vor dem Hintergrund des aktuellen Standes der demokratietheoretischen Forschung und der im Postdemokratie-Diskurs hergestellten Bezugnahmen ist es also zunächst sinnvoll, nicht nur zwischen zwei normativen Modellen von Öffentlichkeit zu differenzieren, sondern als dritte Variante das Modell der politisierenden Öffentlichkeit zu diskutieren, das im postmarxistischen bzw. radikaldemokratischen Diskurs entwickelt wurde. Dies wird nicht nur dem allgemeinen Stand der Forschung zur Demokratietheorie gerecht, sondern erlaubt es auch, Auswirkungen einer Postdemokratisierungsentwicklung auf politische Öffentlichkeit theoretisch zu verorten und empirisch zu erfassen.

Alle drei diskutierten Modelle beschreiben, wie dargestellt wurde, normative Idealvorstellungen und weisen drei Dimensionen auf: Erstens wird jeweils diskutiert, wer kommunizieren und was repräsentiert sein soll – es werden also Aussagen dazu getroffen, welche Akteurskonstellation idealerweise die politische Öffentlichkeit konstituiert. Hierzu zählt auch die Frage danach, ob thematische Offenheit als ein Qualitätsmerkmal von Öffentlichkeit betrachtet wird. Zweitens liegen in allen Modellen Aussagen dazu vor, wie kommuniziert werden soll, d. h. welche Kommunikationsformen als adäquat für einen politischen Diskurs betrachtet werden. Diese Dimension nimmt wesentlich Bezug auf die von Jürgen Habermas in seiner Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1995 [1981]; vgl. auch Habermas 2009, Kap. 2) entwickelten Differenzierung zwischen verschiedenen Handlungsformen, vor allem zwischen strategischem und verständigungsorientiertem Handeln. Drittens artikulieren die normativen Modelle politischer Öffentlichkeit Erwartungen darüber, welche Ergebnisse als Resultat gelungener Kommunikationsprozesse zu erwarten sind, die dann – zumindest im Spiegel- und im diskursiven Modell – wiederum vom politischen Entscheidungszentrum aufgenommen und verarbeitet werden können. Wichtig ist in dieser Dimension jedoch nicht nur, welche inhaltlichen bzw. thematischen Ergebnisse erzielt werden sollen und können, sondern auch, welche gesellschaftlichen Konsequenzen diese haben. Diese drei Dimensionen erlauben, wie in Tab. 4.1 ersichtlich wird, einen Vergleich der verschiedenen Modelle, der neben Gemeinsamkeiten auch die zentralen Unterschiede aufzeigt. Erste Ergebnisse eines solchen Vergleiches werden im Folgenden kurz skizziert, ausführlicher und mit Rekurs auf die postdemokratische Perspektive jedoch im anschließenden Abschn. 4.2 dargestellt.

Tab. 4.1 Idealtypische Gegenüberstellung der drei Öffentlichkeitsmodelle. (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Gerhards et al. (1998, S. 37))

Spiegelmodell von Öffentlichkeit	Diskursives Modell von Öffentlichkeit	Modell politisierender Öffentlichkeit
<i>1. Wer soll kommunizieren und was soll repräsentiert sein?</i>		
<i>Arenenbesetzung/ Sprecherensemble/ thematische Offenheit</i>	Repräsentationsmodell, die vorhandene Akteurs- und Meinungsvielfalt soll gespiegelt werden	Partizipationsmodell neben „Zentrums-“ auch „Peripherie-Akteure“, insbesondere Vertretung zivilgesellschaftlicher Sprecher. Dadurch soll auch thematische Offenheit erlangt werden
<i>2. Wie soll kommuniziert werden?</i>		
<i>Normative Standards öffentlicher Kommunikation</i>	Unter Wahrung hinreichenden Respekts vor anderen Akteuren sind alle Kommunikationen zugelassen	Kommunikationen sollen diskursiv sein, also mit Begründungen versehen, respektvoll, aufeinander bezogen und komplex
<i>3. Welche Ergebnisse sollen erreicht werden?</i>		
<i>Thematisch/inhaltlich</i>	Transparenz über vorhandene Meinungsvielfalt durch Publizität, Abbruch bei Feststellung der Nichtkonsensfähigkeit vorhandener Meinungen	Deliberativen Modell: Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung. Diskursmodell: Konsens nicht notwendig, argumentative gestützte Mehrheitsmeinung genügt. Diskursiver Austausch beeinflusst öffentliche Kultur und schafft so Grundlage für Legitimität einer Entscheidung auch in den Augen jener die sich nicht durchsetzen
<i>Wirkung auf die Gesellschaft</i>	Keine	Ermöglichung des politischen Handels. Integrationsfunktion, bei Peters v. a. durch Aktualisierung der öffentlichen Kultur
		Konsens nicht erwartbar und nicht wünschenswert. Verhinderung der Entstehung von Antagonismus (Mouffe)
		Konflikte und Pluralität sollen sichtbar gemacht werden, Hinterfragungen des Status Quo sollen möglich sein. Kommunikation muss nicht diskursiv und konsensorientiert sein
		Integrationsmodell, Öffentlichkeit dient der Konstitution des Demos bzw. des Politischen, entsprechend sollen v. a. jene Themen und Akteure Zugang zur Öffentlichkeit erhalten, die noch nicht politisch einflussreich sind. Betonung der Gleichheit
		Austragen von Konflikten konstitutiv für die Gesellschaft, Politisierung der Gesellschaft

Obwohl alle drei Modelle Transparenz als zentrales Charakteristikum demokratischer Öffentlichkeit identifizieren, unterscheiden sie sich mit Blick auf den Anspruch an die kommunikativen Akteure, an die Inhalte und Strukturen der Kommunikation sowie an die Erwartungen an die Ergebnisse der öffentlichen Kommunikation. Das Spiegelmodell artikuliert die geringsten normativen Erwartungen, indem es jenseits der Transparenz und des prinzipiell offenen Zugangs die Freiheit der Akteure betont, sowohl mit Blick auf die Frage nach der Beteiligung als auch bezüglich der Form der Auseinandersetzung. Der Einsatz von Überredungstechniken ist hier ebenso erlaubt wie andere rhetorische Stilmittel, inhaltliche Anforderungen wie jene der rationalen Argumentation, die das diskursive Modell stellt, müssen nicht erfüllt werden. Auch das Modell politisierender Öffentlichkeit unterscheidet sich vom diskursiven Modell, da es sich nicht auf die Erwartung der argumentativen Kommunikation versteift, sondern Wert mehr darauf legt, dass alle Subjekte Zugang zum politischen Raum erlangen können. Dies setzt zwar gegenseitige Anerkennung voraus, formalisiert diese jedoch nicht. Die Erwartung einer vorwiegend oder ausschließlich rationalen, argumentativen Kommunikation erscheint aus der Perspektive des Modells politisierender Öffentlichkeit als so anspruchsvoll, dass sie das Ideal der Gleichheit bzw. der Zugangsoffenheit zum öffentlichen Diskurs bedrohen. Hinzu kommt, dass radikaldemokratische Autoren die sprachphilosophischen Grundlagen der deliberativen Theorie nicht teilen und somit auch nicht annehmen, dass Letztbegründbarkeit durch Sprache – egal in welcher Form – möglich ist. Aus diesen Gründen wird in diesem Modell auf Einschränkungen der Inhalte des Diskurses verzichtet.

Trotz dieses Unterschieds und auch angesichts der Verschiedenheit der Demokratiebegriffe und grundlegend divergierender theoretischer Fundamente, besteht eine größere Nähe zwischen dem diskursiven Modell (vor allem in der Formulierung von Peters) und dem politisierenden Modell von Öffentlichkeit, da beide die Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Öffentlichkeitsakteuren anstreben und Vermachtungstendenzen in modernen Gesellschaften bzw. Demokratien kritisieren. Beide Öffentlichkeitsmodelle weisen einen ‚republikanischen Kern‘ auf, der sich darin offenbart, dass sie die Bürger so weit wie möglich in die kollektiven Lebensformen und Entscheidungsprozesse integrieren möchten und das öffentliche Leben als Grundlage des Demokratie begreifen. Sie unterscheiden sich zwar in ihrer Bewertung von Konsens als Ergebnis, halten Dissens aber als Ausgangsbedingung in modernen Gesellschaften für konstitutiv.

Mit Blick auf die normativen Anforderungen an Öffentlichkeit bzw. die Indikatoren zur Identifikation von defizitären Entwicklungen politischer Öffentlichkeit zeigen sich also einige Übereinstimmungen zwischen dem diskursiven und dem politisierenden Modell von Öffentlichkeit, weshalb eine Verbindung der beiden

Öffentlichkeitsmodelle in empirisch-analytischen Untersuchungskonzepten grundsätzlich möglich erscheint. Ein entsprechendes analytisches Konzept wird mit Blick auf die postdemokratische Krisendiagnose im folgenden Abschn. 4.2 entwickelt, wobei zunächst verdeutlicht wird, ob und inwiefern sich die dargestellten normativen Modelle von Öffentlichkeit im Postdemokratiediskurs widerspiegeln, bevor dargestellt wird, welche Merkmale sich aus den Arbeiten von Crouch, Rancière und Wolin ‚destillieren‘ lassen, um Prozesse der Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit analysieren zu können.

4.2 Die Rolle der Öffentlichkeit im Postdemokratie-Diskurs

In den Arbeiten von Colin Crouch, Jacques Rancière und Sheldon Wolin spielt die politische Öffentlichkeit wie gesagt bislang überwiegend die Rolle einer sich aus den jeweiligen Demokratieverständnissen ergebenden Hintergrundvariablen: Sie stellt einerseits das zentrale Medium für Deutungskämpfe dar, weshalb das von den postdemokratischen Theoretikern unterstellte Hegemonialwerden und die Auswirkungen der Hegemonie neoliberaler Denkweisen nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden haben können. Zudem vertreten alle drei Autoren ein an das republikanische Denken anknüpfende Verständnis des Politischen, das die Öffentlichkeit zum zentralen Ort des demokratischen Lebens erklärt. Andererseits wird sie von keinem der drei Autoren als der zentrale Indikator für Postdemokratisierungsprozesse diskutiert und es wurden bis dato auch nur vage Überlegungen dazu angestellt, welche Merkmale eine „postdemokratische Öffentlichkeit“ im Vergleich zu einer „demokratischen Öffentlichkeit“ kennzeichnen. Dies soll im Folgenden nachgeholt werden, wobei erörtert wird, ob und inwiefern sich in den Arbeiten der drei Autoren die zuvor dargestellten drei normativen Modelle widerspiegeln bzw. welches normative Ideal von Öffentlichkeit den Überlegungen von Crouch, Rancière und Wolin zugrunde liegt. Im Anschluss an diese Darstellung des ‚Idealtypus‘ von Öffentlichkeit wird im Folgenden beschrieben, was man sich aus theoretischer Perspektive unter einer ‚postdemokratischen Öffentlichkeit‘ vorzustellen hat, die als ‚degenerierte Form‘ des normativen Ideals gelten muss.

Den Überlegungen zum Ideal demokratischer Öffentlichkeit soll zunächst die Peters' sche Differenzierung zwischen Öffentlichkeit und nicht-öffentlichen Produktionsstrukturen zugrunde gelegt werden. Denn weitaus umfangreicher als die öffentliche Sphäre und ihre Inhalte wurden vor allem in den Arbeiten von Crouch und Wolin zur Postdemokratie bislang Veränderungen in der Organisations- und Eigentümerstruktur von Medienunternehmen diskutiert, in der Terminologie von